

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Nossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meissen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Lokalblatt für Wilsdruff,

Altanneberg, Birkenhain, Blankenstein, Braunsdorf, Burkhardswalde, Croitzsch, Grumbach, Grund bei Rohorn, Helbigsdorf, Herzogswalde mit Landberg, Hühndorf, Kaufbach, Kesselsdorf, Kleinschönberg, Klipphausen, Lampersdorf, Limbach, Lopen, Rohorn, Rungitz, Reufkirchen, Reutanneberg, Niederwartha, Oberhermsdorf, Pohrsdorf, Röhrsdorf bei Wilsdruff, Roitzsch, Rothschönberg mit Perne, Sachsdorf, Schmiedewalde, Sora, Steinbach bei Kesselsdorf, Steinbach b. Rohorn, Seeligtadt, Spechtshausen, Taubenheim Untersdorf, Weistroy, Wilsbera.

Erscheint wöchentlich dreimal und zwar Dienstags, Donnerstags und Sonnabends. — Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk. 30 Pf., durch die Post bezogen 1 Mk. 55 Pf. Inserate werden Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens Mittags 12 Uhr angenommen. — Insertionspreis 10 Bsq. pro viergespaltene Corpusszeile.

Druck und Verlag von Martin Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion Martin Berger daselbst.

No. 33.

Sonnabend, den 17. März 1900.

58. Jahrg.

Zwangsvorsteigerung.

Das im Grundbuche für Wilsdruff, Blatt 556, auf den Namen **Friedrich Louis André** eingetragene Grundstück soll am

5 Mai 1900, Vormittags 10 Uhr

an der Gerichtsstelle — im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden. Das Grundstück ist nach dem Flurbuche — ha 80,1 ar groß und auf 24.290 Mk. Pfg. geschätzt. Es besteht aus Wohngebäude mit Wiese und Garten, ferner zum Betriebe der Mahl- und Schneidemühlerei eingerichteten Gebäuden mit Maschinen, Dampf- und Wasserkraft.

Die Einsicht der Mittheilungen des Grundbuchsamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen ist Jedem gestattet. Rechte auf Vertheilung aus dem Grundbuche sind, soweit sie zur Zeit der Ver-

steigerung des am 15. Februar 1900 verlauchten Versteigerungsvermerkes aus dem Grundbuche nicht erfüllt waren, spätestens im Versteigerungstermine vor der Aufhebung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Vertheilung des Versteigerungserlöses dem Anspruche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Diesem, die ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Ertheilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des vertheilten Gegenstandes treten würde.

Wilsdruff, den 13. März 1900.

Königliches Amtsgericht.

H. G. H. H.

Umquitt, G. S.

Der Kern der Frage.

Man kann annehmen, nimmt es wenigstens an, daß das Vieh- und Fleischengesetz nicht mit der ganzen harten Bestimmung auf Verbot der fremden Fleischzufuhr vom Jahre 1904 ab Gesez werden wird, sondern daß sich eine Vereinbarung auf Grund von milderer Vorschriften erzielen läßt. Wenn man verschiedentlich annimmt, das ganze Gesez werde fallen gelassen werden, so geht das zu weit; hierfür liegt gar kein Grund vor, umso weniger, als der Kern der Frage, nämlich unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande, und speziell zu den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, uns auch dann noch reichlich zu beschäftigen machen würde, wenn das ganze Vieh- und Fleischengesetz im Bundesrath blank verworfen werden sollte.

Man kann das völlige Verbot der fremden Fleischzufuhr für praktisch im Interesse der Landwirtschaft, für unpraktisch im Interesse der Industrie halten, aber man braucht das noch lange nicht auf den Straßen ausstropfen zu lassen. Ein guter Kartenspieler deckt nie seine Karten vorzeitig auf und noch weniger schreit er einem Mitspieler zu, wie der ausspielen soll. In wirtschaftlichen Dingen soll man alles mit Ruhe betreiben und nicht gleich ein Angstschrei scheuen, wenn die Dinge etwas an Einem herankommen. Als drüben in den Vereinigten Staaten die mancherlei Vorschriften über die Behandlung der fremden Waaren erlassen und noch dazu mit einer Zollschraube verbunden wurden, da gab es bei uns ein großes Klagen, viele Industrielle nahmen auch thätig an der weiteren Fabrikationszweige ergreifen. Und was sagte man zu alledem dort drüben, denn auch bei uns wurden Drohungen mit Repressalien laut? Gar nichts, man that, was man wollte! Entweder sind also die Amerikaner von Haus aus selbstthätiger, oder sie nehmen deutsche Repressalien - Ankündigungen nicht für voll.

Die Unterbindung der Fleisch-Einfuhr würde für unsere Industrie gewiß zu recht lästigen gegenwärtigen Zwangsmaßnahmen führen können; deshalb wird sie aus industriellen Kreisen heftig befeindet. Aber bietet der Fall dieses Verbotes, resp. die in Aussicht genommene Milderung auch nur die geringste Garantie dafür, daß die Vereinigten Staaten unserer Industrie und ihren Arbeitern diese Intervention danken? Indem unsere Industriellen für die dauernde freie Zulassung des amerikanischen Fleisches so entschieden eintreten, leisten sie doch zweifellos den Amerikanern einen wichtigen Dienst, für den sich ein gewisser Dank gebührt. Wird dieser Dank erfolgen? Wir glauben, die Amerikaner werden sich nicht einen Augenblick befürchten, binnen vier Wochen irgend welche Hölle zu erhöhen, wenn sie dafür irgend einen Kulak gefunden zu haben meinen.

Das ist es, worauf es ankommt. Die Fleischfrage wird in einem halben Jahre vergessen sein, aber es wird dann etwas Anderes geben, was den Amerikanern nicht paßt! Wir dürfen doch nicht außer Acht lassen, daß es nun schon seit Jahren heißt, und immer wieder heißt: Nein, das dürfen wir nicht; was würden die Vereinigten Staaten von Nord-Amerika dazu sagen? Ist dieser Zustand etwa ein angenehmer? Wir können es in der That nicht sagen. Sollte es denn ganz und gar unmöglich sein, einmal zu

einem Ende zu kommen, d. h. zum Abschluß eines festen Handelsvertrages? Deutschland soll nichts Unbilliges fordern, aber ist es denn nicht eine feststehende Thatsache, daß bis zu diesem Jahre des Heils anno 1900 Deutschland immer derjenige Theil war, der den amerikanischen Ansprüchen gegenüber nachgab? Was haben uns denn die Amerikaner gegeben, daß wir Anlaß haben, sie mit unserer ganzen Liebe zu umfassen? Nichts, rein gar nichts!

Wir fürchten, beim Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten wird es sowohl für unsere Industrie, wie für unsere Landwirtschaft klar werden, daß die nordamerikanische Union überhaupt auf keinen Handelsvertrag eingeht, bei dem sie nicht den Vorrang der eigenen Interessen hat. Wir fürchten, es werden so hohe Forderungen gestellt werden, daß man bei uns sagen wird: Dann lieber keinen Vertrag! und Diejenigen, die heute noch von Vertrauen zu der großen und freien Nation überleben, werden sagen: Das haben wir nicht erwartet! Man soll nicht sagen, hier sei grau in grau gemalt! Ebenso gut, wie bisher alle Verhandlungsversuche an den hohen amerikanischen Forderungen scheiterten, können sie auch künftig scheitern.

Aus Allem folgt Eins: Wenn der gegenwärtige Stein des Anstoßes für Viele, die Fleisch-Einfuhr-Frage, aus dem Wege geräumt ist, darf sich die Reichsregierung nicht wieder Jahr und Tag hinziehen und abwarten, ob es den Herren Yankee's gefällig ist, einen bindenden Vertrag zu schließen, oder nicht. Dann muß entschieden auf Klarheit gedrungen werden. Die Amerikaner haben schon mehr als einmal uns tüchtig hochgenommen, und von unserer Seite ist nichts dagegen geschehen, aber das muß ein Ende haben. Denken wir vor Allem daran, wie drüben die Vervollkommnung der Maschinen, die Steigerung der Produktion ungeheure Fortschritte macht, wie man immer unabhängiger vom Auslande wird. Wollen wir abwarten, bis es aus Washington einmal heißt: Wir gebrauchen keine fremden Waaren mehr, wir haben Alles selbst? Noch haben wir für eine Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten gute Chancen, ob wir sie immer behalten, ist etwas Anderes.

Politische Rundschau.

Im Beisein des Kaisers fand am Donnerstag in Kiel der Stapellauf des russischen Kreuzers „Mskold“, der auf der Germania-Werft erbaut worden ist, und hierauf die Taufe des jüngsten Neffen Sr. Majestät statt. Der Kaiser begab sich mit seinem Bruder, dem Prinzen Heinrich, sowie mit den aus Pöln eingetroffenen Prinzen Fritz Friedrich und Adalbert in einem Hubschiff nach der Germania-Werft. Außer den Mitgliedern der russischen Hofgesellschaft nahmen das Erbprinzenpaar von Oldenburg, die Staatssekretäre Tirpitz und Graf Bülow, Admiral Köster, sowie die Spitzen der Behörden an der Feier Theil. Der Monarch begrüßte bei seiner Ankunft die Besatzung des Schiffes, worauf der Propst der russischen Gemeinde in Berlin, Malgou, die Weiberrede hielt. Er führte aus, daß das Schiff den Namen eines der Verkörper des Christenthums in Rußland trage und denselben Zweck des Friedens und der Kultur dienen solle. Dem Willen des Paten gemäß, solle dieses Schiff, wie auch die ganze Flotte und

das Meer, die Bestimmung haben, Glauben, Thron und Vaterland zu schützen. Sodann betonte er, daß der russischen Flotte durch die Teilnahme Kaiser Wilhelms an dieser Feierlichkeit eine hohe Ehre bereitet worden sei. Dann betrug der Propst den „Mskold“, der nunmehr langsam ins Wasser glitt. Gleichzeitig feuerten sämtliche im Hafen liegende Kriegsschiffe Salut. Nach der Feier kehrte Sr. Majestät mit seinen Gästen in das Schloß zurück. Hier wurde um 12 Uhr die Taufe des neugeborenen Sohnes des Prinzen Heinrich vollzogen. Propst Beder hielt die Taufrede, nachdem die Versammelten: „Ein feste Burg ist unser Gott“ gesungen hatten. Der Taufling bekam die Namen: Heinrich Victor Ludwig Friedrich. Taufpaten sind das Kaiserpaar, die Stadt Hamburg und das Offizierskorps des Kreuzers „Deutschland“. Dem Taufakt folgte die Gratulation und Abends Festmahl, nach welcher der Kaiser die Rückreise nach Berlin antreten wollte.

Die kaiserliche Verordnung bezüglich der Regelung der Verhältnisse im Handwerk, nach der die Handwerkerkammern am 1. April 1900, die Bestimmungen über das Lehrlingswesen am 1. April 1901 und die über das Meisterwesen am 1. Oktober 1901 in Kraft treten, ist nunmehr im Reichsanzeiger veröffentlicht worden.

Die Kaiserin empfing am Donnerstag im Berliner Schloße diejenigen Feuerwehrlente, die sich bei Bränden des letzten Jahres ausgezeichnet haben. Sie erhielten Geld und sonstige Geschenke.

Der Reichstag schritt am Dienstag nach Erledigung von Rechnungssachen zur dritten Lesung der „Lex Heinze“. Es lagen hierzu gemeinsame Kompromißanträge des Centrums, der beiden konservativen Fraktionen, der Polen und der Welfen vor, welche in Abänderung der Beschlüsse zweiter Lesung die Streichung des sogenannten Berniether-Paragraphe (S 181b) und des Arbeiter-Paragraphe (S 182a), die Wiederherabsetzung des Schulalters für Mädchen von 18 auf 16 Jahre, sowie eine mildere Fassung des „Künstler-Paragraphe“ (S 184a) und des „Theater-Paragraphe“ (S 183a) vorschlugen; außerdem lagen aus dem Hause noch eine Reihe von Abänderungsanträgen im Einzelnen vor. Es entspann sich zunächst eine nochmalige allgemeine Debatte, in welcher der Centrumsabgeordnete Noeren unter scharfer Benützung der im Lande und in einem Theile der Presse entstandenen Protestbewegung gegen die Lex Heinze erklärte, die Kompromißanträge zur dritten Lesung seien eingebracht worden, um nicht das ganze Gesez scheitern zu lassen. Abg. Basseremann, der Wortführer der Nationalliberalen, gab zu, daß diese Protestbewegung vielfach über das Ziel hinausgeschossen habe, doch konnte er, daß dieselbe trotzdem nicht unterschätzt werden dürfe; im Uebrigen gab Basseremann die Erklärung ab, daß die gegenwärtige Vorlage für die große Mehrheit seiner Partei unannehmbar sei. Auch der freisinnige Volksparteiler Beckh-Goburg, der Abgeordnete Schrader von der freisinnigen Vereinigung und der Sozialistenführer Bebel nahmen mit Entschiedenheit Stellung gegen die Vorlage und gegen die Kompromißanträge, während sich die Konservativen Stockmann und Homburg, ferner der Centrumsmann Gröber und der christlich-soziale Hofprediger a. D. Stöcker ebenso lebhaft für die Komprom-

misanträge verwandten. Den Standpunkt der verbündeten Regierungen zu den Kompromissanträgen legte der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Dr. Niederding in sehr unbestimmter Weise dar, endgültige Erklärungen behielt er sich für die Spezialdiskussion vor, die aber auf Mittwoch vertagt wurde. Am Ausgange der Dienstagssitzung nahm der Reichstag die noch rückständigen Abstimmungen über die Artikel 1, 4, 5 und 6 der Münzgesetz-Novelle vor; dieselben wurden fast durchgängig in der Kommissionsfassung genehmigt, doch gelangte bei Art. 4 ein Antrag Schwarzgerolds zur Annahme, der die Landesfilbermünzen nur in soweit eingezogen wissen will, als dies zur Neuprägung von Reichsilbermünzen und Deckung der Kosten erforderlich ist. In namentlicher Abstimmung lehnte das Haus den Antrag Trendl auf Beibehaltung der Thaler mit 161 gegen 61 Stimmen ab.

Der Reichstag führte wider Erwarten Donnerstag die Beratung der lex Heinze noch nicht zu Ende. Zuerst wurden die Literatur-, Kunst- und Theaterparagraphe 184, 184a und 184b beraten. Abg. von Dollmar (Soz.) bekämpfte die Beschlüsse zweiter Lesung; seine Partei wolle die „Dummheiten“ dieser Paragraphe nicht mitmachen. Abg. Günburg (konf.) befürwortete die Kompromissanträge. Abg. Müller-Meinungen (fr. V.) führte aus, gegen Angriffe auf künstlerischem Gebiet könne die Polizei heute schon vorgehen. Der Theaterparagraf enthalte in juristischer Beziehung das reine Gemischelstück. Redner vertheidigte sodann die Protestbewegung der Künstler. Staatssekretär Niederding betonte die Nothwendigkeit, Schamlosigkeit, Gemeinheiten zu bestrafen, die nicht auf gesetzlichem Gebiete lägen. Keinesfalls sei der § 184a ein Kaufschuß. Abg. Grüber (Chr.) vertheidigte die Kompromissanträge. Die Spekulation auf die gemeinen Triebe sei nicht die hohe göttliche Kunst, die Förderung verdiene. Geh. Kruse bitter Namens der Regierungen den § 184b als völlig überflüssig abzulehnen. Nach 6 Uhr wurde noch ein Verfassungsantrag gestellt, aber mit 181 gegen 21 Stimmen abgelehnt. Es sprachen noch die Abgg. Stockmann (frkonf.), Liebermann v. Sonnenberg (Antif.) und Bayer (Südd. Volksp.). Gegen 8 Uhr wurde die Sitzung auf Freitag vertagt.

Seit langer Zeit wird in Deutschland eine ziemlich genaue Statistik der Auswanderung aufgenommen und veröffentlicht. Dagegen fehlt es leider gänzlich an einer Statistik der Einwanderung und insbesondere der Naturalisationen fremder Staatsangehöriger. Eintragungen werden darüber sicherlich vorhanden sein, aber nicht veröffentlicht. Da hier die einzelstaatlichen Behörden zuständig sind, so erwachsen der Reichsstatistik bei ihren Erhebungen über Einwanderungen und Naturalisirungen größere Schwierigkeiten, aber mit Rücksicht auf die Wichtigkeit der Sache müssen sie überwunden werden. Die fremde Zuwanderung nach Deutschland, die vorübergehende wie die dauernde, namentlich vom Osten her, ist so umfangreich, daß man ihre statistische Entwicklung aus verschiedenen Gründen genauer verfolgen muß. In Frankreich wurden kürzlich Angaben über die gewährten Naturalisirungen veröffentlicht. Danach hat sich in den letzten Jahren die Zahl der Naturalisirungen beständig vermindert und sie ist im Jahre 1899 auf 2395 gefallen; darunter befanden sich 651 Italiener, 407 Deutsche einschließlich 313 Elsaß-Lothringer, 292 Belgier, 76 Spanier, 58 Luxemburger, 46 Schweizer u. s. w. Die Zahl der französischen Naturalisirungen ist geringfügig und, beiläufig bemerkt, nur halb so groß wie die Zahl der französischen Auswanderer. Aus der geringen Zahl der Naturalisirungen in Frankreich wird ersichtlich, daß man dort weit davon entfernt ist, die Naturalisation zu erleichtern, obwohl das Land aus eigener Kraft zu einer Vermehrung der Bevölkerung nicht zu kommen vermag.

Das Fernsprechwesen im Ruhrbezirk soll verbessert werden. Staatssekretär v. Boddielst erkennt die Nothwendigkeit einer Verbesserung durch Einführung von Rückleitungen an. Im Oktober 1901 wird das ganze Netz mit Doppelleitung versehen sein.

Apia, 1. März. Unter festlicher Beteiligung der gesamten weißen Bevölkerung und 5000 Samoanern ist heute in Mulimui, dem früheren Sitze der samoanischen Regierung, die deutsche Flagge gehißt worden.

Die Nothwendigkeit einer Verkürzung der Arbeitszeit der Bergleute wird von der österreichischen Regierung anerkannt. So hat der Ministerpräsident im sozialpolitischen Ausschuss des Wiener Abgeordnetenhauses erklärt. Ferner versicherte der Minister, die Regierung werde ihr Möglichstes thun, um den Streik der Kohlenarbeiter zu beendigen. Der Ausschuss hat beschlossen, daß die Arbeitszeit der Bergleute einschließlich Ein- und Ausfahrt neun Stunden betragen soll.

Rußland. Der Petersburger „Grashdanin“, welcher Verbindungen mit den dortigen Regierungskreisen unterhält, bringt einen vielbemerkten heftigen Artikel gegen die Politik Frankreichs. Ueberhaupt macht sich in der Petersburger Presse in letzter Zeit Verstimmung gegen Frankreich bemerkbar, wobei namentlich die chauvinistischen Dekrete des Kammerpräsidenten Deschanel ungünstig beurtheilt werden. Es kommt die Meinung scharf zum Ausdruck, Rußland sei nicht gewillt, sich von Frankreich Lehren ertönen zu lassen; daneben wird die unterwürfige Haltung der französischen Politik gegenüber England getadelt.

Madrid, 15. März. In San Felis de Guigols (Provinz Gerona) kam es zu einem Zusammenstoße zwischen Ausständigen und Gensdarmen. Zwei Ausständige wurden getödtet, drei von ihnen und ein Gensdarm verwundet.

Aus Tanger wird der „Post-Bl.“ gemeldet: Der deutsche Konsularagent in Rabat wurde von Maurenknaben mit Steinen beworfen. Als der Gouverneur die Buden züchtigte, empörte sich das Volk und es entspann sich ein Kampf zwischen diesem und den Regierungstruppen, wobei acht Leute aus dem Volk getödtet wurden.

Der Getreidemarkt. (Berichtswache vom 9. bis 16. März 1900). Die Preisbesserung in Amerika hat auch die europäischen Märkte günstig beeinflusst. Die weichende Haltung des Marktes besetzte sich wieder und für Weizen und Roggen wurde ein um 1/2, Mk. bis 1 Mk.

pro Tonne höherer Preis erzielt. Die Umsätze blieben aber klein und bei wachsendem Angebote gehen die Preise wieder zurück. Gerste, Hafer und Mais hatten stilles Geschäft bei alten Preisen.

Der Transvaalkrieg.

(Erste Nachrichten.) Die Angaben über den Inhalt der vom englischen Ministerpräsidenten Lord Salisbury den Boeren gemachten Friedensbedingungen, die auf sofortige Unterwerfung und Aufgabe der Selbstständigkeit lauten sollten, sind unbegründet. Lord Salisbury hat den Boeren bisher überhaupt noch keine Bedingungen gestellt. So ein amtliches Telegramm. Dies Dementi betrifft natürlich nur eine ganz äußerliche, formelle Frage. Thatsache ist, daß den Boeren auch der Rest ihrer bisherigen Unabhängigkeit genommen werden wird. Zwischen den beiden Präsidenten Krüger und Steyn besteht aber völliges Einvernehmen, daß die Boerenstaaten ihre Freiheit bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen haben. So lange aber die Oranjeboeren zu ihren Bettern, den Transvaalboeren, halten, so lange läßt sich über den Ausgang des Krieges gar nichts sagen. Präsident Krüger erinnerte die Burgers in einer feierlichen Proklamation daran, daß sich die Boeren in Natal doch ganz vorzüglich gehalten hätten, und daß alle Truppen, die dort gekämpft hätten, in guter Ordnung und ohne erhebliche Verluste auf den heimischen Boden zurückgeführt seien. Man solle deshalb den Muth nicht verlieren, sondern furchtlos weiter kämpfen. — Leider scheint es nur, als sei der Kriegsüberdruß unter den Oranjeboeren ganz unaufrichtig geworden. Bloemfontein, die Hauptstadt des Oranjerestaats, ist den Engländern eigentlich doch zu leichtem Kaufs in die Hände gefallen. General French hatte gedroht, die Stadt beschließen zu lassen, wenn sie Widerstand leisten sollte. Der Bürgermeister der Stadt mit einigen Råthen war den Engländern schon auf zwei Meilen entgegen gegangen, um dem General French in aller Unterwürfigkeit die Schlüssel des Regierungsgebäudes auszuhandigen. Die britische Flagge wurde auf allen amtlichen Gebäuden der Stadt gehißt. Amtlich meldet Lord Roberts, General French sei von der Bevölkerung Bloemfonteins mit lautem Jubel empfangen worden. Es ist zweifelhaft, ob der Jubel laut war, echt war er jedenfalls nicht.

(Zweite Nachrichten.)

Die Boeren rüsten sich unter General Jouberts Führung zu festigen Widerstande an der Südgrenze Transvaals. Dort ist die Gegend für sie günstiger und ein Umgebungsversuch des Lord Roberts weniger zu befürchten. General Roberts ist sich des Ernstes der bevorstehenden Entscheidungskämpfe auch vollständig bewußt und hat daher den General Buller beordert, in das nordwestliche Natal vorzuziehen und die Boeren von dort aus anzugreifen. General Warren, der sich mit seinen Truppen bereits zu Schiffe befand, wurde eiligst zurückberufen. Er schließt sich dem General Buller bei dessen Vormarsch an. Gelingt es den Boeren, die Buller'schen Truppen am Von Reenspaß festzuhalten, dann ist Lord Roberts' Plan, den Feind zwischen zwei Feuer zu nehmen, gescheitert. Die Truppen des Generals White genießen in der Nähe von Ladysmith einen Urlaub, sie sind noch immer nicht kriegsbereit. Im Norden des Kaplandes haben sich die englischen Generale Clement, Gatacre und Brabant noch dem Rückzug der Boeren ohne Gefahr zu vereinigen vermocht. Sie stellen mit ihren Truppen eine ganz gewaltige Macht dar, die gegenwärtig hart am Südufer des Oranjerestusses steht. Der Vormarsch in den Freistaat ist aber noch nicht ausgeführt, da auf dem nördlichen Oranjerest-Fluß noch immer starke Boerenabtheilungen stehen, die auch die Eisenbahnbrücke über den Fluß in die Luft sprengten. Die Londoner „Times“, die Lord Roberts als den Herrscher Bloemfonteins im Namen der Königin feiert, kann am Ende doch noch zu früh jubelt haben.

Die Wirkung der englischen Antwort in den Boerenrepubliken. Wie vorauszu sehen war, hat die Antwortdepesche aus London den Entschluß zum äußersten Widerstand der Boeren nur verhärtet. Nachrichten aus London besagen folgendes:

London, 15. März. Aus Pretoria wird gemeldet: Die Boerenrepubliken weisen in ihrer Antwort an die englische Regierung die Haltlosigkeit der Ausführungen des Ministerpräsidenten Salisbury nach und proklamiren den Kampf bis zur völligen Vernichtung.

Präsident Krüger telegraphirte im gleichen Sinne nach Washington: Alle Bürger der beiden Republiken sind ohne Ausnahme darüber einig, den Kampf bis zum Tode fortzusetzen; die Engländer würden niemals Pretoria ertreten.

Ähnlich lautet folgende Meldung:

New-York, 14. März. „Evening Journal“ veröffentlicht eine Depesche des Präsidenten Krüger aus Pretoria vom 13. d. Ms.: Die Burgers werden erst mit dem Tode aufhören zu kämpfen! Unsere Streitkräfte kehren nach der ersten Vertheidigungslinie auf eigenen Grund und Boden zurück. Der Feldzug in Natal war länger zu unseren Gunsten, als wir erwartet. Die Engländer werden nie bis Pretoria kommen! Die Burgers, Präsident Steyn, Oberkommandant Joubert und ich sind, wie alle Anderen, einig! Kein Streit ist zwischen uns vorhanden! Gott helfe uns!

New-York, 15. März. Der frühere Transvaaler Generalkonsul in London White führt in einer Zuschrift an die „World“ aus, aus strategischen Gründen seien die Boeren genöthigt, Johannesburg zu zerstören, was einen Verlust von wenigstens 150 Millionen ausmachen würde. Er hoffe, daß etwas für beide kriegführende Theile Annehmbares gethan werde, bevor eine solche Katastrophe eintrete. Wenn sie aber dazu gezwungen seien, werden die Boeren Johannesburg opfern und bis auf den letzten Blutstropfen um den Befehl Pretorias kämpfen.

London, 15. März. Die zweite Ausgabe der „Times“ berichtet aus Lourenço Marques unter dem 14. d. Ms.: Ein Herr, der während des Krieges mit den Randminen in Verbindung gestanden hat, erklärt, die Beamten des Minendepartements der Regierung von Trans-

vaal seien mit dem Plane der Zerstörung der Schächte und der Grubenbauten mittels Dynamit beschäftigt; auch seien eine Anzahl Sprengminen und andere zur Vertheidigung dienende Werke in der Nähe von Johannesburg errichtet worden.

Der Varen general Cronje wird mit seiner gefangenen Armee heute von Kapstadt nach St. Helena verfrachtet. — Der (deutsche) Oberst Schiel soll einen vergeblichen Fluchtversuch gemacht haben. Reuters Bureau erzählt von maßgebender Seite, daß die Erzählung der Verhaftung von vier „deutschen Offizieren“ in Lourenço Marques nicht auf Wahrheit beruht. Es handelt sich um vier ehemalige deutsche Offiziere, die dem deutschen Heere schon lange nicht mehr angehören.

Vaterländisches.

(Mittheilungen aus dem Reichsreise sind der Redaktion stets willkommen. Der Name des Einbersers bleibt unter allen Umständen Geheimniß der Redaktion. Anonyme Zuschriften können nicht berücksichtigt werden.)

— Bestellungen auf vorliegende Zeitung mit ihren 2 Beilagen (landwirthlich und Heitige illustrierte) zum Preise von Mk. 1.30 pro Vierteljahr und 44 Pfg. pro Monat werden jeder Zeit noch entgegen genommen.

Wilsdruff, 16. März 1900.

Die Zweite Kammer des Sächsl. Landtages trat gestern Vormittag 10 Uhr zu ihrer 63. Plenarsitzung zusammen, der Staatsminister v. Wagdorf und mehrere Regierungskommissare bewohnten. Den Vorsitz führte zum Theil der Präsident Geh. Hofrath Dr. Rechner. Als einziger Beratungsgegenstand stand auf der Tagesordnung die Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Finanzdeputation B über die wegen Erbauung von Eisenbahnen und Errichtung von Haltestellen eingegangenen Petitionen, deren Berichterstatter Abg. Hofst. Mulda war. Im Allgemeinen wird im Deputationsberichte Folgendes bemerkt: Die Masse der auch in diesem Landtage eingegangenen Petitionen um Erbauung neuer Bahnlagen und Errichtung von Haltestellen übersteigt nicht nur nach ihrer Anzahl, sondern auch in Betreff der erbetenen Linien und Kilometer bei Weitem das früher Dagewesene. Bis zum 15. Januar d. J., als dem hierfür gelegten Schlußtermin, gingen in Summe 260 Petitionen ein, welche sich auf 66 Bahnlagen, sowie 24 Haltestellen beziehen und somit in 90 Nummern ihre Behandlung finden. Einerseits erfordert die zur Zurückhaltung mahrende allgemeine Finanzlage des Staates und der Mangel an technischen Kräften, welcher so weit ging, daß von dem im vorigen Landtage bereits bewilligten Linien der Bau von vier und zwar Thum—Ehrenfriedersdorf—Geyer, Froburg—Köhren, Pegau—Kieritzsch und Löttengrün—Theuma noch gar nicht in Angriff genommen werden konnten, insbesondere aber die stetig in fallender Richtung sich bewegende Reute der Staatsbahnen eine äußerst vortheilhafte Auswahl in den zu machenden Vorschlägen. Andererseits weiß sich aber die Deputation mit der weitaus größten Mehrheit der Kammer, sowie auch mit der im Schooße der stöniglichen Staatsregierung hegeigten Meinung einig, daß man gerechten Wünschen nach Bahnerbauung auch in Zukunft so viel als möglich Rechnung tragen soll. Zur Erledigung gelangten in der gestrigen Sitzung gegen 7/8 der eingegangenen Petitionen; unter denselben befand sich auch die der Gemeindef. Raundorf, Niederbachna, Deszdorf, Gutba, Herrndorf, Oberbacha, Mohorn und Dittmannsdorf, sowie die Gemeinde Kolminig, welche wiederholt um Ausbau einer Verbindungsstrecke der neuerdings in Betrieb genommenen Schmalpurbahn Frauenstein—Klingenberg mit der Linie Wilsdruff—Rossaen bitten. Der Bericht sagt weiter: „Die Wahl des Anschlusses überlassen die Petenten dem Ermessen der Kgl. Staatsregierung. Sie begründen ihr Petition mit der von jedem Bahnverkehr so abseits gelegenen Lage ihrer Dörfer, welche noch um so ungünstiger fühlbar werde, als die über hohe Berge und durch tiefe Thäler (Muldenthal) führende Straße den Verkehr mit ihrer Bezirksstadt Freiberg ungemein erschwere. Bei alledem sei durch den Niedgang, ja bei dem bereits eingetretenen theilweisen Erlöschen des Bergbaues im Freiburger Gebiet, die Lage ihrer Dörfer eine sehr bedrängte geworden, die eine staatliche Hilfe nach obengegebener Richtung hin durchaus rechtfertigt und empfehle. Schließlich, aber nicht in letzter Linie, würde der Umstand schwer ins Gewicht fallen, daß durch den Ausbau der erbetenen Bahn nicht nur die Frauensteiner- und Rossaen-Wilsdruffer Strecke, sondern bei dem in Aussicht stehenden schmalpurbahnigen Weiterbau der Bahn von Wilsdruff über Wittitz nach Gadowitz, eine direkte Verbindungslinie der Schmalpurbahnen geschaffen würde, vom oberen Erzgebirge bei Frauenstein, bis an die unterste Landesgrenze bei Strehla an der Elbe. Die Vortheile dieser Verbindung könnten nur lebend und befruchtend für den Verkehr sowohl, als auch für den Betrieb wirken. Die Deputation hat bereits im Landtage von 1897/98 dem hier behandelten Petition gegenüber eine wohlwollende Stellung eingenommen, und den angeführten Gründen meist Zustimmung ausgesprochen. Sie empfiehlt jetzt, im Einverständnis mit den Herren Regierungskommissaren, und nachdem auch die Petenten ihr Interesse an der Ausführung durch für ihre Verhältnisse erhebliche Opfer bekundet, die Kammer wolle beschließen: die Petition um Erbauung einer schmalpurbahnigen Verbindungsbahn von Mingenberg nach Dittmannsdorf beziehentlich der Dittmannsdorf-Mohorners Strecke, der königlichen Staatsregierung zur Erwdägung zu überweisen.“ Zu diesem Projekte sprachen mit warmen Worten die Abgeordneten Steiger und Rudelt-Deuden, welcher letzterer Herr namentlich hat, bei den Vermessungsarbeiten darauf Rücksicht zu nehmen, daß der Anschluß der Linie mehr nach Mohorn hin zu liegen kommen möge. Die Abstimmung ergab die Censur: Ueberweisung der erbetenen Linie an die Staatsregierung zur Erwdägung. Schlechter erging es der erbetenen Linie Wilsdruff—Goritz-Gotta-Dresden in der am heutigen Freitag stattgefundenen Fortsetzung der Sitzung der Zweiten Kammer. Der Bericht der Deputation B. läßt sich hierzu folgendermaßen aus: „Um die Erbauung einer normalspurigen Industrie- bez. Vorortsbahn zwischen eben ge-